

Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik¹

Am 21. Juli 1966 findet man in den Aufzeichnungen Wolfgang Schollwers, zu dieser Zeit Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, folgende Eintragung:

„Vor einer Woche starb in Opladen,² fast siebzigjährig, Friedrich Middelhaue. Er war in den frühen fünfziger Jahren Symbol eines ‚rechten‘ FDP-Kurses. Der ehemalige Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen verfocht eine Politik großzügigster Öffnung nach rechts. Der Erfolg war beeindruckend: die alten Nazis kamen in Scharen und beherrschten bald die Geschäftsstelle in der Sternstraße, Kreis- und Ortsverbände, vom Landesvorsitzenden selber ganz zu schweigen. Bis der Bundespartei die Braunfärbung der rheinischen FDP zu penetrant wurde. Eine Selbstreinigung setzte ein“.³

Im Kontext des Schwerpunktthemas „Liberalismus im Rheinland“ provoziert diese kurze Aufzeichnung des außen- und deutschlandpolitischen Vordenkers der FDP gleich mehrere Nachfragen. Zunächst ist erklärungsbedürftig, wie und warum sich die Nachkriegs-FDP im Rheinland bzw. in ganz Nordrhein-Westfalen zu einer Partei entwickeln konnte, die weithin als nationalsozialistisch unterwandert galt. Wieso betrieb mit Friedrich Middelhaue ausgerechnet ein ehemaliges Mitglied der Deutschen Staatspartei einen Kurs der schrankenlosen Integration ehemaliger Nationalsozialisten in den FDP-Landesverband? Und wie war es um jene Selbstreinigung bestellt, von der Schollwer sprach? Bedeutete die Inhaftierung des sogenannten Naumann-Kreises im Januar 1953 zugleich das Ende der „Braunfärbung der rheinischen FDP“?

In drei Schritten soll diesen Fragen nachgegangen werden. Der Fokus ist hierbei auf das Rheinland gerichtet, wenngleich es sich um Entwicklungen

- 1 Der Text basiert auf einem Vortrag, der am 15. November 2017 im Rahmen des Kolloquiums „Zwei Jahrhunderte Liberalismus im Rheinland“ gehalten wurde. Für Unterstützung bei der Recherche danke ich Franziska Krause und Fabian Theurer.
- 2 Tatsächlich starb Friedrich Middelhaue am 14. Juli 1966 in Bad Mergentheim, also in Baden-Württemberg, während er in Opladen wohnte und seinen Verlag dort hatte.
- 3 Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hrsg. v. Monika Faßbender. München 1994, S. 331.

Köln⁶ unterbot die DDP das Reichsergebnis um mehr als die Hälfte – ein Trend, der sich über die gesamte Weimarer Republik fortsetzen sollte und der in seiner unterdurchschnittlichen Tendenz auch auf die rechtsliberale Deutsche Volkspartei zutrifft.

Kaum mehr messbar sollten die Resultate der 1930 gegründeten DDP-Nachfolgepartei ausfallen: Bei den zwei Reichstagswahlen von 1932 entschieden sich nur noch knapp 0,3 Prozent der rheinischen Wählerschaft für die Deutsche Staatspartei. Im niederrheinischen Landkreis Geldern erreichte sie im wahrsten Wortsinne ihren Nullpunkt mit einem Ergebnis von 0 Prozent bei den Novemberwahlen 1932.⁷ Das Beispiel Gelderns mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 94,5 Prozent⁸ verweist besonders drastisch auf die für einen Wahlerfolg liberaler Parteien vermutlich bedeutsamste Wählerkorrelation jener Zeit: je höher der katholische Bevölkerungsanteil, desto geringer das Wahlergebnis für eine liberale Partei. Beispielhaft sei hier auf Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 verwiesen, bei denen die DDP auf Reichsebene 5,7 Prozent der Stimmen erhielt: In den mehrheitlich protestantischen rheinischen Landkreisen Remscheid (76,2 Prozent) und Gummersbach (79,5 Prozent) erreichten die Linksliberalen mit 10,4 bzw. 12,1 Prozent Spitzenergebnisse; in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer vergleichbaren oder noch höheren katholischen Bevölkerungsmehrheit bewegten sich die DDP-Resultate zwischen 0,6 und 3,4 Prozent. Im stark vom Kulturkampf geprägten, rheinischen Katholizismus war und blieb der antiklerikale Liberalismus ein politisches Feindbild.⁹

Da das Rheinland trotz aller gesellschaftlichen Umwälzungen infolge von Krieg, Flucht und Vertreibung auch nach 1945 mehrheitlich katholisch geprägt blieb,¹⁰ konnten die Liberalen nicht darauf hoffen, nunmehr unter günstigeren Voraussetzungen die politische Bühne zu betreten. Am katholischen Niederrhein begriffen desillusionierte FDP-Politiker ihre Tätigkeit als „Missionare“,¹¹ in Bergheim bei Köln existierte im Sommer 1947 noch nicht einmal eine Kreisgruppe der FDP,¹² und im Landkreis Aachen fürchteten Li-

6 Vgl. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968. Düsseldorf 1969, S. 11. Da der Fokus dieses Beitrags der rheinischen FDP in Nordrhein-Westfalen gilt, werden die Ergebnisse der gleichfalls zur Rheinprovinz gehörenden Regierungsbezirke Koblenz und Trier nicht berücksichtigt.

7 Vgl. ebd., Anlage 3, S. 46.

8 Vgl. ebd., Anlage 12, S. 134.

9 Vgl. den Beitrag von Norbert Schloßmacher oben.

10 Selbst zu Beginn der 1960er Jahre gab es noch Landkreise mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit von über 90 Prozent.

11 Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Nöfer vom 9.3.1947. Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), 984.

12 Vgl. Fritz Goebel an den FDP-Landesverband, 14.7.1947. Ebd.

berale gar berufliche Benachteiligung im Falle eines politischen Engagements außerhalb der CDU.¹³

Diese wenigen Schlaglichter können als Indiz dafür gelten, dass die Liberalen im Rheinland nach 1945 – anders als etwa im deutschen Südwesten oder in den Hansestädten – nicht auf ein intakt gebliebenes liberales Milieu zurückgreifen konnten. Oder in den Worten eines Aachener Liberalen: „Die FDP auf dem Fundament der DDP aufzubauen, war nicht möglich“.¹⁴

Zwei weitere Faktoren sollten die Gründung und Etablierung einer liberalen Partei im Rheinland erschweren. In Form der Christlich Demokratischen Partei bzw. der Christlich Demokratischen Union hatte sich flächendeckend eine Partei etabliert, die in hohem Maße von der intakten Infrastruktur des politischen Katholizismus im Rheinland profitierte¹⁵ und deren – im Unterschied zur früheren Zentrumspartei – überkonfessionell-bürgerliches Profil durchaus attraktiv auf solche Liberalen wirkte, die sich in der Weimarer Republik gerade nach einer solchen Sammlungspartei gesehnt hatten. Zudem zeichnete sich bereits frühzeitig ab, dass die Liberalen – nach einer Einschätzung Friedrich Middelhauves – „bestimmt nicht das Lieblingskind der Besatzungsmächte“¹⁶ waren. Ausgehend von der Überzeugung, dass die Zersplitterung des Parteiensystems zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen habe, gab es innerhalb der britischen Besatzungsmacht Sympathien für eine Konzentration der künftigen parteipolitischen Landschaft in Deutschland in Form eines sozialistischen und eines bürgerlich-konservativen Blockes. In einer liberalen Parteineugründung wurde hingegen keine „historische Notwendigkeit“¹⁷ erblickt.

Das in FDP-Kreisen weitverbreitete Gefühl einer systematischen Benachteiligung durch die Besatzungsmacht fußte u. a. auf der dilatorischen Bearbeitung von Lizenzierungsanträgen kleinerer Parteien, der marginalen Berücksichtigung von FDP-Politikern bei der Ernennung des ersten nordrhein-westfälischen Landtages¹⁸ sowie auf einer Einschränkung liberaler Pressearbeit im Gegensatz zur großzügigen Lizenzvergabe an parteinahe Zeitungen von CDU, SPD und KPD. Im Rheinland durfte nur eine einzige FDP-nahe Zeitung, die „Westdeutsche Rundschau“, mit einer Auflage von weit unter

13 Vgl. Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Schottenhammel jr. vom 9.3.1947. Ebd.

14 Ebd.

15 Vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001, S. 22 ff.

16 Sitzung des Bundesvorstandes vom 26.10.1952. In: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. Bearb. v. Udo Wengst. 1. Halbband: 1949–1952. Düsseldorf 1990, Nr. 23, S. 546.

17 Karsten Schröder: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland. Düsseldorf 1985, S. 310.

18 Sie stellten in der konstituierenden Sitzung am 2. Oktober 1946 lediglich neun von 200 Abgeordneten.

100.000 Exemplaren erscheinen.¹⁹ Die Folgen waren allenthalben spürbar: „Unsere Idee“, so die Klage eines niederrheinischen Liberalen im März 1947, sei aufgrund des Fehlens einer parteinahen Zeitung „fast völlig unbekannt.“²⁰

Dass der Neuaufbau politischer Parteien gemäß alliierten Vorgaben „von unten nach oben“ erfolgen musste, stellte für die Liberalen hingegen keine zusätzliche Belastung dar – mangels vorhandener Strukturen wäre eine andere Gründungsform schlichtweg nicht möglich gewesen. So sind die Anfänge des parteipolitischen Liberalismus im Rheinland gekennzeichnet von einer Vielzahl lokaler, zunächst voneinander unabhängiger Gründungsinitiativen, wobei schon die Parteinamen darauf hinweisen, wie breit gefächert das liberale Spektrum war. Stellvertretend seien die in Mönchengladbach gegründete Sozialliberale Partei Deutschlands, die Liberaldemokratische Partei in Essen sowie die Deutsche Aufbaupartei aus Opladen unter der Leitung Friedrich Middelhaues genannt.

Jenseits der Parteinamen gewähren die Gründungsprogramme und -aufrufe instruktive Einblicke in das jeweils vorherrschende liberale Selbstverständnis, wobei die Auseinandersetzung mit der jüngeren bzw. jüngsten Vergangenheit besonders aufschlussreich ist. Thesenhaft zugespitzt ergibt sich folgendes Bild: je höher der Anteil ehemaliger DDP-Politiker in den Gründungszirkeln, desto größer der Wille zur Anknüpfung an liberale Traditionen und desto ausgeprägter die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Am Beispiel der traditionsbewussten südwestdeutschen Demokratischen Volkspartei um Reinhold Maier, Theodor Heuss und Wolfgang Haußmann lässt sich diese Gleichung eindrücklich nachvollziehen. Im Rheinland hingegen, wo die Vorzeichen andere waren, findet sich eine vergleichbare Konstellation kaum einmal, am ehesten vielleicht in der Essener Liberaldemokratischen Partei. Dort ging die Gründungsinitiative vom langjährigen DDP-Kommunalpolitiker Viktor Niemeyer aus, der sowohl alte Parteifreunde als auch Politikneulinge wie den späteren FDP-Vorsitzenden Franz Blücher für das Projekt einer liberalen Parteineugründung zu gewinnen versuchte. Im Parteiprogramm vom November 1945 findet sich – nach einleitenden Bemerkungen zum „furchtbare[n] Erbe“ des Nationalsozialismus – das Bekenntnis, „die besten Traditionen der alten deutschen Demokratie fortführen und die unvergänglichen Ideale der Freiheit des Menschen und der Menschenrechte zur Geltung bringen“ zu wollen.²¹

19 Vgl. Jürgen Benedikt Hüffer: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945–1953/54. München u. a. 1995.

20 Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Nöfer vom 9.3.1947. ADL, 984.

21 Aufruf und Programm der Liberaldemokratischen Partei Essen, November 1945. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 4, S. 11.

Die meisten rheinischen Liberalen scheuten derart traditionsbewusste Bekenntnisse. Aufgrund des historischen Misserfolgs liberaler Parteien und des im mehrheitlich katholischen Rheinland besonders schlechten Rufes des Liberalismus fühlten sich viele Parteigründer sogar dazu veranlasst, sich ostentativ von jeder liberalen Parteitradition und -organisation zu distanzieren. In Flugblättern der Krefelder Freien Demokraten tritt dieser Wille zur Abgrenzung und zur Profilierung als dezidierte Parteineugründung besonders anschaulich zutage:

„Die ‚Freie Demokratische Partei‘ ist keine der alten Parteien, die durch ihre Fehler, ihre politischen Unzulänglichkeiten und falsche Zielsetzung das deutsche Volk veruneint und so Hitler an die Macht gebracht haben. Die ‚Freie Demokratische Partei‘ ist eine neue Partei [...]. Sie ist die große Sammelpartei des Ausgleichs.

Wir reden nicht zu Euch als Männer mit langen Bärten, die wer weiß wie weise tun! Wir reden nicht zu Euch als die allzeit Erfahrenen, die da wichtig meinen, andere und vor allem Euch belehren zu müssen! Wir sind genauso unerfahren wie Ihr, wie alle anderen auch. [...] Weil das so ist, haben wir eine unabhängige Partei gebildet, die genau so kühl wie Ihr die Dinge prüft und zu nehmen trachtet, wie sie sind.“

„Ohne Euch kann in dieser Welt der Widerstände und des abgrundtiefen Elends keine friedvolle und anständige deutsche Volksgemeinschaft aufgebaut werden. Wir wollen die Einheit des Reiches! Wir wollen die Einheit des Volkes! Wir wollen eine große organische Lebensgemeinschaft bilden! [...] Wir verneinen die alten Parteien- und Regierungssysteme, sie haben nichts gekonnt und nichts bewiesen.“²²

Bekenntnis zum Neubeginn, Vorbehalte gegenüber Parteien und Parlamentarismus, Appelle an nationalistische Einstellungen unter Rückgriff auf abgeschmackte Begrifflichkeiten – diese Melange war kennzeichnend für eine von rheinischen Liberalen gezielt betriebene nationale Sammlungspolitik.

Der einflussreichste Protagonist einer solchen Sammlungspolitik war ohne Zweifel Friedrich Middelhaue. Dessen Deutsche Aufbaupartei wies programmatisch und personell bereits Kennzeichen jener Nationalen Sammlung auf, in die er die FDP mittelfristig zu überführen versuchte. Als einzige liberale Gruppierung im Rheinland verzichtete die am 6. Oktober 1945 in Opladen gegründete Deutsche Aufbaupartei bei ihrer Benennung auf charakteristische Attribute wie „frei“, „demokratisch“ oder „liberal“ – ein erster Hinweis darauf, dass man auch im Hinblick auf die Außenwirkung eine echte politische Neugründung ohne Reminiszenzen an liberale Parteitraditionen anstrebte. Dies belegt auch die von den Parteigründern anvisierte Wählerklientel: Ausgehend von Wahlergebnissen aus der Endphase der Weimarer Re-

22 Zitate entnommen aus drei undatierten, wahrscheinlich aus dem Jahr 1946 stammenden Flugblättern der Krefelder FDP. ADL, 987.

publik im Rhein-Wupper-Kreis sah man ein Potential von rund vierzig Prozent bei jenen Wählern, die sich damals weder für die Zentrumspartei noch für die SPD und KPD entschieden hatten.²³ Im Umkehrschluss zählten somit einstige Liberale, Deutschnationale und Nationalsozialisten zur potentiellen Wählerklientel der neu gegründeten „liberalen“ Partei. Entsprechend zurückhaltend fiel die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit aus. Sie beschränkte sich im Gründungsaufwurf der Aufbauapartei auf die lakonische Forderung, „[h]emmende Überbleibsel aus der Zeit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft“ zu beseitigen.²⁴

Dass Middelhaue von Beginn an gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten zu umfassenden personellen und programmatischen Zugeständnissen bereit war, belegt ein früher Protestbrief Paul Luchtenbergs. Der Mitbegründer der Deutschen Aufbauapartei, spätere Kultusminister von Nordrhein-Westfalen (1956–1958) und Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung (1961–1970) klagte gegenüber Middelhaue bereits im November 1945 über eine mangelnde „Distanzierung vom Nazitum“ innerhalb der eigenen Partei.²⁵

Wer die Motive für die nationale Sammlungspolitik verstehen möchte, muss im Falle Middelhaues den „Weimar-Komplex“²⁶ berücksichtigen, also die diskursive Präsenz und politische Instrumentalisierung der Weimarer Republik und ihrer Deutung in der Nachkriegszeit. 1896 in Siegen geboren und im Kreis Solingen aufgewachsen, legte Middelhaue zu Beginn der 1920er Jahre den Grundstein zu einem Verlags- und Druckereiunternehmen, das den Ort Opladen weit über den Rhein-Wupper-Kreis hinaus bekannt machen sollte. Die politische Bühne betrat der Unternehmer und Schöngestirne zu einem sehr markanten Zeitpunkt, nämlich just 1930 anlässlich der Gründung der Deutschen Staatspartei, jenem ungleichen Bündnis der Deutschen Demokratischen Partei mit dem bündisch-autoritären Jungdeutschen Orden. Vom Einfluss eben jener Jungdeutschen erhoffte sich Middelhaue einen Dynamisierungsschub, um die Parteiorganisation zu straffen, allzu enge Partei- und Weltanschauungsgrenzen zu überwinden und um die jüngere Generation für eine tendenziell überalterte Partei zu gewinnen.

Das Scheitern des Experiments der Staatspartei erlebte Middelhaue als stellvertretender Wahlkreisvorsitzender in Düsseldorf am eigenen Leib: Mit

23 Vgl. Artikel „Deutsche Aufbau-Partei gegründet“. In: Neue Rheinische Zeitung, 13.10.1945.

24 Aufruf der Deutschen Aufbauapartei, Oktober 1945. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 3, S. 7.

25 Luchtenberg an Middelhaue, 28.11.1945. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Duisburg (LA NRW, Abt. R), RW 62/108.

26 Dazu umfassend: Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959. Göttingen 2009.

Wahlergebnissen von 0,3 Prozent hatten seine beiden Reichstagskandidaturen im Jahr 1932 keinerlei Aussicht auf Erfolg. Umso entschlossener war er nach 1945, politische Lehren aus diesem Scheitern zu ziehen. Seiner Überzeugung nach war nicht etwa das Zusammengehen mit dem illiberalen, teilweise antisemitischen Jungdeutschen Orden ein Fehler, sondern die in der politischen Praxis kaum spürbaren Auswirkungen dieser Allianz. Diese mangelnde Konsequenz wollte er sich in der politischen Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vorwerfen lassen. Dank eines ausgeprägten organisatorischen Geschicks vermochte es Middelhaue, den Kurs der Nachkriegs-FDP in Nordrhein-Westfalen entscheidend mitzubestimmen: ab Dezember 1945 als Vorsitzender des Landesverbandes der Nordrheinprovinz, ab Oktober 1946 als Fraktionsvorsitzender im neuen Landtag und schließlich ab August 1947 als Vorsitzender des neugegründeten FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Das Ziel lautete, die FDP zu einem dritten politischen Block rechts von der CDU zu machen und dabei jeden Anschein zu vermeiden, als handle es sich bei ihr um eine – Zitat Middelhaue – „Neuaufgabe jener müden Staatspartei [...], die für das Ende der Weimarer Republik so große Verantwortung trägt“.²⁷

Unterstützung für diesen politischen Kurs fand Middelhaue bei einer Vielzahl von Parteifreunden, deren größte Gemeinsamkeit darin bestand, dass sie antisozialistisch eingestellt waren und bislang keinerlei Berührungspunkte mit dem parteipolitischen Liberalismus hatten. Beispielhaft sei der Kölner Unternehmer Hans Albrecht Freiherr von Rechenberg genannt, seit 1947 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender sowie von 1949 bis zu seinem Tod im Januar 1953 Mitglied des Deutschen Bundestags. Der marktliberale von Rechenberg war ein vehementer Befürworter des nationalen Sammlungskurses, dessen programmatische Agenda er folgendermaßen umschrieb:

„Klar sollten wir auch in die Kerbe hauen, die sich uns bietet, die Abneigung gegen Partei und gegen Parlamentarismus. [...] Alles was mit Weimar zusammenhängt, alles was mit Parteibetrieb zusammenhängt, ist dem deutschen Volk widerwärtig, nicht nur den Jungen, auch den Alten. Treiben wir klar eine Politik, die davon abrückt. [...] Der wahre Grund [für die mangelnde Entscheidungsfähigkeit der FDP-Parteiführung; K.B.] ist der latente Gegensatz zwischen den alten rosaroten Staatsparteilern und uns ehrlichen freien Demokraten, die ehrlich Anti-Sozialisten sind und deshalb als Reaktionäre beschimpft werden. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Gegensatz in aller Kürze dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die ganzen Rosaroten herausfliegen, können wir unsere Partei zumachen.“²⁸

27 Artikel Middelhaues „Klärung durch Klarheit“. In: Die Deutsche Zukunft, 19.7.1952.

28 Von Rechenberg an Franz Blücher, 29.10.1947. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 41, S. 240f.

II.

Programmatik, Personen und Organisation der Nationalen Sammlung waren durchdrungen von den hier anklingenden Ressentiments gegenüber Parlamentarismus und Parteien im Allgemeinen und traditionsbewussten Liberalen im Besonderen. Einen ersten Hinweis hierauf geben bereits die Wahlplakate der NRW-FDP aus den frühen 1950er Jahren.²⁹ Geworben wurde für die Nationale Sammlung in der programmatischen Farbgebung schwarz-weiß-rot sowie mit einem schmissig gezeichneten, schräg gestellten FDP-Parteiadler. Dass dieser ebenso wie der NSDAP-Parteiadler heraldisch verkehrt nach links, also gen Osten schaute, dürfte angesichts der personellen Zusammensetzung des zuständigen Designerbüros kein Zufall sein, schließlich arbeiten dort ausnahmslos ehemalige NSDAP- und SS-Mitglieder.³⁰

In ihren vergangenheitspolitischen Forderungen testete die nordrhein-westfälische FDP stets die Grenzen des politisch Sagbaren aus und beging bewusst Tabubrüche, um sich in der Zielgruppe der „Ehemaligen“ als besonders vorkämpferische Partei zu profilieren. Ging der Ruf nach einer möglichst raschen Beendigung der Entnazifizierung schon bald im Chor sämtlicher Parteien unter, so exponierte sich die NRW-FDP mit Forderungen nach einer Vernichtung aller Entnazifizierungsunterlagen, nach Löschung aller Spruchkammerakten aus den Strafregistern sowie nach einer Generalamnestie, von der auch alle verurteilten deutschen Kriegsverbrecher profitiert hätten.³¹

Organisator und Gesicht der zu Beginn der 1950er Jahre großangelegten Generalamnestie-Kampagne war der Essener Rechtsanwalt und FDP-Politiker Ernst Achenbach. Als promovierter Jurist war Achenbach während des Dritten Reiches u.a. als Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris tätig gewesen, die von der Forschung „zu den Schrittmachern der europaweit anlaufenden Verfolgung“ der Juden gezählt wird.³² Als Leiter der Politischen Abteilung innerhalb der Botschaft war Achenbach in die Verhaftungen und Deportationen der in Frankreich lebenden Juden involviert. Er wurde nicht nur von Mitarbeitern der Botschaft sowie des SD-Judenreferats in Paris über die Umsetzung der Judengesetze und deren Auswirkungen auf die

29 Vgl. dazu die Plakatsammlung im ADL.

30 Vgl. Klaus Körner: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000. Hamburg 2002, S. 54; Jan Schlürmann: Die „Wirmer-Flagge“. Die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols der deutschen Christlichen Demokratie. In: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 331–342, hier S. 340 f.

31 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010, S. 49 ff.

32 Roland Ray: Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942. München 2000, S. 355.

„Endlösung der Judenfrage“³³ informiert,³⁴ von Achenbach selbst stammt ein Telegramm an das Auswärtige Amt, in dem er als „Sühnemaßnahme“ für die Erschießung eines Oberstleutnants und eines Majors ankündigte, „2 000 Juden zu verhaften und nach dem Osten zu verbringen“.³⁵ Mit Werner Best, der von 1940 bis 1942 Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich war, hatte Achenbach zudem zur weiteren „Stigmatisierung der Juden in der französischen Öffentlichkeit [...] die sofortige Einführung des ‚Judensterns‘ im besetzten Gebiet vereinbart“.³⁶ Auch zum Reichspropagandaministerium, namentlich zu Wolfgang Diewerge, hatte Achenbach laufenden Kontakt.³⁷

Seit der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte sich Achenbach unermüdlich für die juristische wie moralische Verteidigung und Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten ein.³⁸ Mehr und mehr entwickelte sich seine Essener Anwaltskanzlei zu einem juristischen Lobbybüro für die Interessen von „Ehemaligen“. 1951 holte sich Achenbach mit dem frisch aus dänischer Haft entlassenen Werner Best besonders prominente Unterstützung in seine Kanzlei. Der einstige Stellvertreter Reinhard Heydrichs beim Sicherheitsdienst der SS stand darüber hinaus auf der Gehaltsliste der NRW-FDP, nämlich als Rechtsberater. Diese Tätigkeit hatte er schon 1930 ausgeübt, damals für die NSDAP-Gauleitung in Darmstadt.³⁹

Die Wiederbeschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten in irritierend ähnlichen Bereichen, in denen sie sich bereits im Dritten Reich „bewährt“ hatten, war keineswegs ein Versehen, sondern ein wiederkehrendes Muster. Beispielhaft sei die Personalie Wolfgang Diewerge genannt. Namentlich heute kaum mehr bekannt, gehörte Diewerge zu den perfidesten antisemiti-

33 So zu lesen in einer Aufzeichnung für Achenbach vom 18.3.1942. In: Serge Klarsfeld (Hrsg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944. Paris 1977, Nr. 32, S. 28.

34 Vgl. Aufzeichnung des Legationsrats Zeitschel vom 28.2.1941, betr.: Zentrales Judenamt in Paris. In: Serge Klarsfeld: Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich. Darmstadt 2007, S. 385f.; Aufzeichnung Zeitschels vom 11.3.1942, betr.: Jude deportierung. In: ebd., S. 402f.; Auflistung von Dokumenten über Achenbachs Tätigkeit in Paris: LA NRW, Abt. R, RWN 172/115, Bl. 112 sowie BArch, N 1080/267, Bl. 202.

35 Das Telegramm ist abgedruckt in: Der Spiegel, Nr. 30, 22.7.1974, S. 30. Vgl. auch Artikel „Er war es, der den Ton angab“. Neue Dokumente zum Fall Achenbach“, Der Spiegel, Nr. 31, 29.7.1974, S. 25.

36 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, 2. Aufl. Bonn 1996, S. 317.

37 Vgl. Joseph Billig: Die Endlösung der Judenfrage. Studie über ihre Grundsätze im III. Reich und in Frankreich während der Besatzung. New York 1979, S. 191.

38 Zu seiner Tätigkeit als Verteidiger des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers Fritz Gajewski im Nürnberger I.G. Farben-Prozess vgl. Hubert Seliger: Politische Anwälte? Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse. Baden-Baden 2016, S. 105 ff.

39 Herbert: Best (wie Anm. 36), S. 464.

schen Hetzern des Dritten Reiches.⁴⁰ Mit seinem Leitartikel „Die Verbrecher“, der am 8. November 1938 im Völkischen Beobachter abgedruckt wurde, hatte er die Reichspogromnacht gleichsam publizistisch vorbereitet. Diewerge wurde u.a. mit dem Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP sowie mit dem SS-Ehrendolch und -Ehrenring ausgezeichnet. Im Reichspropagandaministerium, in dem er zum Ministerialrat aufstieg, war er u. a. mit dem Aufbau eines Netzes von Reichs-, Gau- und Kreisrednern befasst. 1951 stellte ihn Friedrich Middelhaue in Opladen als persönlichen Büroleiter ein; eine seiner zentralen Aufgaben war die Gründung und bundesweite Ausdehnung einer parteiinternen Rednerschulung, mit deren Hilfe der Einfluss des nordrhein-westfälischen Landesverbandes innerhalb der FDP gestärkt und die nationale Sammlungspolitik beworben werden sollte.

Die Aufzählung höchst fragwürdiger Wiederanstellungen ließe sich beliebig fortsetzen. Nicht ohne Stolz verkündete Middelhaue Anfang 1953, „daß in den Kreisen und Bezirken der FDP schon tausende frühere Nationalsozialisten gleichberechtigt und freudig mitarbeiten“.⁴¹ Die entscheidende Frage lautet an dieser Stelle, ob die nordrhein-westfälische FDP hier eine beispiellose Integrationsleistung vollbracht hat, um ehemalige Nationalsozialisten an demokratische Praktiken und den bundesrepublikanischen Parteienstaat zu gewöhnen. Zur Beantwortung dieser Frage muss das politische Fernziel der Nationalen Sammlung berücksichtigt werden sowie der Weg, der dorthin führen sollte.

Aufschlüsse über das Fernziel gibt das von der NRW-FDP im Juli 1952 vorgelegte „Deutsche Programm“,⁴² das in tausendfacher Auflage gedruckte und nicht zufällig mit einer schwarz-weiß-roten Umrandung versehene Manifest der Nationalen Sammlung. Angestrebt wurde die Überwindung der im Grundgesetz festgeschriebenen parlamentarischen Parteiendemokratie zugunsten einer „starken Führungsdemokratie“,⁴³ an deren Spitze ein vom Volk gewählter Präsident stehen sollte, der über größere Vollmachten als der

40 Eine Auswahl seiner auflagenstarken Schriften: Als Sonderberichterstatter zum Kairoer Judenprozeß. Gerichtlich erhärtetes Material zur Judenfrage. München o. J. [1935]; Der Fall Gustloff. Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos. München 1936; Ein Jude hat geschossen... Augenzeugenbericht vom Mordprozeß David Frankfurter. München 1937; Anschlag gegen den Frieden. Ein Gelbbuch über Grünspan und seine Helfershelfer. München 1939; Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman „Deutschland muß sterben“ („Germany must perish“). Berlin 1941.

41 Aus einem Rundschreiben an alle nordrhein-westfälischen FDP-Kreisverbände vom 12.2.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/165, Bl. 105.

42 Der Programmtext findet sich abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 120–124.

43 Middelhaue auf einer FDP-Landesausschusssitzung am 21.8.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/233, Bl. 32.

Reichspräsident der Weimarer Republik verfügen würde. Die föderale Bundesrepublik sollte von einem neuen „Deutschen Reich“ abgelöst werden. In einem solchen dezentralisierten Einheitsstaat war nach dem Wortlaut des Deutschen Programms „kein Raum für eine Vielzahl von Regierungen und Parlamenten“.⁴⁴ Vielmehr forderte Middelhaue noch im Jahr 1954, dass „der Föderalismus [...] mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden“⁴⁵ müsse.

Bemerkenswert an all diesen Forderungen nach einer Einschränkung oder gar Abschaffung des Länderparlamentarismus, nach einer Degradierung des Parlaments zur Kontrollinstanz, nach einer Begrenzung der Einflussnahme von Parteien und Fraktionen oder nach einer verfassungsrechtlichen Stärkung des Staatsoberhauptes ist, dass man das liberale Spektrum keineswegs verlassen muss, um sie historisch zurückzuverfolgen. Liberale hatten sie bereits zu Zeiten der Weimarer Republik erhoben.⁴⁶ Doch anders als in der dramatischen Situation der Weltwirtschaftskrise und der Präsidialkabinette ging es zu Beginn der 1950er Jahre nicht um Pläne für (zeitlich befristete!) Auswege aus einer veritablen Staatskrise. Vielmehr atmet das Deutsche Programm einen revisionistischen Geist, der bei einem Blick auf seinen Autoren- und Mitarbeiterkreis nicht überrascht. Neben Middelhaue selbst wirkten vor allem ehemalige, z. T. ranghohe Nationalsozialisten daran mit und prüften es auf seine Werbewirksamkeit: allen voran Wolfgang Diewerge, aber auch der einstige SS-Obersturmführer Siegfried Zoglmann, der frühere Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium Hans Fritzsche⁴⁷ sowie der Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann.⁴⁸

Die betont antiföderalen, zentralistischen Positionen der NRW-Liberalen widersprachen keineswegs einem regionalen Selbstbewusstsein. In deutsch-tümelnder Diktion beschrieb Siegfried Zoglmann, Leiter des „Presse- und Propaganda-Referats“ im Landesverband, das rheinisch-westfälische Selbstverständnis der FDP:

„Es ist unbestreitbar, daß Kraft und Stärke des Lebenswillens unseres Volkes sich im wiedererstandenen nordwestdeutschen Industriegebiet am stärksten dokumentiert. Hier an Rhein und Ruhr, seit Jahrzehnten immer mehr der Schicksalsraum

44 Juling: Entwicklung (wie Anm. 42), S. 121.

45 Zit. n. Friedrich Keinemann: Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Politische Bewegungen und Koalitionsbildungen in Nordrhein-Westfalen 1950–1962. Münster 1973, S. 48 f.

46 Vgl. Buchna: Sammlung (wie Anm. 31), S. 27f.; Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linkliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46–88.

47 Vgl. Max Bonacker: Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953). München 2007.

48 Vgl. Günter J. Trittel: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2013, S. 152 f., Anm. 242.

unseres Volkes, wo Deutschland bildhaft aus tausend Wunden blutete, entstanden jene Impulse, die eine erstaunte Welt das deutsche Wunder nennt. Nach dem Verlust unserer Ostgebiete und der Okkupation des brandenburg-preußischen Kernlandes durch die Sowjets wurde Rheinland-Westfalen zum letzten Reduit preußischer Tradition. Wie einst Preußen ist auch das neue Land an Rhein und Ruhr das größte Bundesland.“⁴⁹

Um dem selbstbewussten Anspruch der rheinisch-westfälischen FDP, treibende programmatische Kraft der Gesamtpartei zu sein, gerecht werden zu können, musste die Nationale Sammlung zunächst in Nordrhein-Westfalen organisatorisch gefestigt werden. Mit ebenso großem Engagement wie Erfolg arbeiteten daher Friedrich Middelhaue und Hauptgeschäftsführer Wolfgang Döring daran, einen schlagkräftigen Parteiapparat zu formen, dessen wichtigstes Ziel die programmatische Vereinheitlichung des Landesverbandes war. In einer für die Geschichte des parteipolitischen Liberalismus beispiellosen Form entstand eine unter der Maxime größtmöglicher Zentralisierung entwickelte Parteistruktur, die der Landesverbandsführung einen massiven Machtzuwachs bescherte, indem ihr in personeller, organisatorischer und programmatischer Hinsicht eine dirigistische Einflussnahme auf die Kreisverbände ermöglicht wurde. Wichtigstes Instrument dieser Zentralisierung war die Einsetzung von sogenannten Außendienstgeschäftsführern in den Bezirksverbänden. Deren Aufgabe als unmittelbar dem geschäftsführenden Landesvorstand verpflichtete Angestellte war die „Abwehr parteischädigender Einflüsse von innen und außen.“⁵⁰

Zu diesem Zweck wurde ein differenziertes Spitzel- und Meldewesen etabliert mit dem Ziel, die Arbeit der Kreisverbände zu überwachen und abweichendes Verhalten an die Geschäftsstelle zu melden. Im Fokus dieser Überwachung standen betont liberale Kräfte. Auf bedrückende Art und Weise offenbaren die Berichte der Außendienstgeschäftsführer, dass ausgerechnet in einem Landesverband der FDP das Wort „liberal“ wieder zu einem politischen Denunziationsbegriff geworden war. Die als „Spalter“ diffamierten Kritiker der Nationalen Sammlung sollten aus der Partei herausgedrängt werden – sei es auf dem Wege von Ehrengerichts- und Parteiausschlussverfahren, durch die satzungswidrige Einflussnahme auf Kandidatenlisten oder durch die handstreichartige Übernahme ganzer Kreisverbände.⁵¹

49 Artikel „Kämpferisch und bekennd. Die Wahrheit über Bad Ems“. In: Die Deutsche Zukunft, 6.12.1952.

50 Arbeitsanweisung für Außendienstgeschäftsführer, Anlage eines Briefes Middelhaues an Friedrich Nolting, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Bergisch-Land vom 8.5.1952. LA NRW, Abt. R, RW 60/57, Bl. 140 ff.

51 Vgl. Informationsbericht Robert Strobels vom 30.1.1953 und 11.8.1953. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, ED 329/5.

Das Beispiel des oberbergischen FDP-Ortsverbandes Waldbröl zeigt, wie gezielt ehemalige Nationalsozialisten vom Landesverband angeheuert wurden, um dann oppositionelle Ortsverbände regelrecht zu kapern. Auf einer Parteiversammlung im Mai 1952 erschienen unangekündigt acht „durchweg als alte Nazis bekannt[e]“⁵² Herren, die der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) nahestanden, vom FDP-Landesverband in die Partei aufgenommen und dem Ortsverband vom Außendienstgeschäftsführer ungefragt „zugewiesen“ worden waren; später folgten ihnen sieben weitere nach. Erfolgreich drängten sie den zweiten Ortsverbandsvorsitzenden zum Rücktritt und provozierten den Parteiaustritt zahlreicher Gründungsmitglieder. Hilflos befand ein Mitglied des Ortsverbands, „dass 20-30 alte Mitglieder, die den Ortsverband mit viel Liebe und Idealismus aufgebaut haben, von einer kleinen Gruppe [...] glatt an die Wand gedrückt und über Bord geworfen werden.“⁵³ Die Verantwortung dafür sah man auch an der Spitze des Landesverbandes:

„Wenn nun Herr Dr. Middelhauve in der Partei nichts von der Unterwanderung bei der FDP wissen will, müssen wir alte FDP-Leute leider aber bestätigen, dass hier mit Hilfe des Landes- und Kreisverbandes eine Unterwanderung und Unterhöhlung eines Ortsverbandes mit gesinnungsfremden Elementen stattgefunden hat, die dazu führte, dass alte Mitglieder ihren Austritt aus dem Ortsverband erklärten.“⁵⁴

Mit liberalen Grundsätzen waren derartige Praktiken und Überwachungsmethoden nicht vereinbar. Ein Blick auf die Akteure offenbart zusätzlich die ganze Fragwürdigkeit und zugleich Eindeutigkeit jenes Systems. Bei den Außendienstgeschäftsführern handelt es sich beinahe ausnahmslos um ehemalige aktive Nationalsozialisten, auf deren bewährte Dienste die Führungsriege der NRW-FDP baute. Im Bezirksverband Ruhr diente ein „Alter Kämpfer“ und HJ-Gebietsführer als Geschäftsführer, in Köln ein ehemaliger Gaurichter, in Aachen ein ehemaliger Standartenführer der Waffen-SS und in Düsseldorf ein ehemaliger Generalmajor der Waffen-SS.⁵⁵

Wo es eine nur schwache liberale Opposition gab, wurde diese nach und nach aus den Kreisverbänden gedrängt. Wo ein Kreisverband allerdings geschlossen den nationalen Sammlungskurs ablehnte, fiel der Zugriff aus Düsseldorf ungleich schwerer. Dies lässt sich am Beispiel des Kreisverbandes

52 Robert Wolf, Ortsverband Waldbröl, an Franz Blücher, 6.3.1953. ADL, N1-829, Bl. 147.

53 Robert Wolf an den Kreisverbandsvorsitzenden Naumann, 28.2.1953. Ebd., Bl. 150.

54 Wolf an Blücher (wie Anm. 52); vgl. auch Thomas Dehler an Friedrich Middelhauve, 17.3.1953. Ebd., Bl. 146.

55 Vgl. Übersicht der Geschäftsführung im NRW-Landesverband [1953]. ADL, N1-830, Bl. 30 f.; Buchna: Sammlung (wie Anm. 31), S. 80 f.

Wuppertal mit Carl Wirths an der Spitze veranschaulichen.⁵⁶ In den Berichten der Außendienstgeschäftsführer wurde das „Eigenleben“ bzw. die „konspirative Haltung“ der Wuppertaler FDP angemahnt.⁵⁷ Tatsächlich war das zum Teil sozialliberal grundierte Selbstverständnis der dortigen Liberalen kaum vereinbar mit dem von der Landesverbandsführung diktierten, strikt antisozialistischen Kurs der Nationalen Sammlung. Dass sich die Wuppertaler Liberalen in der Nachkriegszeit als Demokratische Partei gründeten, ist maßgeblich auf Julius Greßler zurückzuführen, der von 1925 bis 1932 für die Deutsche Demokratische Partei bzw. ab 1930 für die Deutsche Staatspartei im Preußischen Landtag saß.⁵⁸ Doch neben ehemaligen DDP-Angehörigen stießen auch Sozialdemokraten sowie einstige Vertreter des Jungdeutschen Ordens zur Demokratischen Partei.

Zu den liberalen Neueinsteigern gehörte auch Carl Wirths, der von 1946 bis 1949 im nordrhein-westfälischen Landtag saß und bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 (auch dank einer Wahlabsprache mit der CDU) das Direktmandat im Wahlkreis Wuppertal I eroberte. Der Wuppertaler FDP-Vorsitzende Wirths ist insofern eine besonders interessante Person, als seine Vita zahlreiche, fast schon verblüffende biographische Parallelen zu der Friedrich Middelhauves aufweist. Beinahe gleich alt und ebenfalls im Bergischen Land aufgewachsen, dienten beide im Ersten Weltkrieg und standen während der Weimarer Republik dem Jungdeutschen Orden nahe, Wirths sogar in führender Position. Nach der NS-Machtergreifung begaben sich beide in die „unternehmerische Emigration“; nach 1945 gehörten sie zu den Mitbegründern des parteipolitischen Liberalismus im Rheinland. Doch ihre Ansichten zur politischen Ausrichtung der FDP klappten weit auseinander. Während Middelhaube bereits im April 1947 auf einer Sitzung des Landesausschusses Nordrhein forderte, die FDP müsse künftig „das Nationale betonen sowie den Gedanken des Deutscheins [...] mehr herausstellen“⁵⁹, warnte Wirths in derselben Sitzung davor, „sich in den nationalistischen Hexenkesel zu begeben, dabei wäre noch nie etwas Gutes herausgekommen“.⁶⁰

Die zunehmenden Missstände innerhalb des eigenen Landesverbandes kritisierte Wirths in den Parteigremien in aller Offenheit. Er beklagte eine politische Manipulation der Kreisverbände durch einen hauptamtlichen

56 Vgl. Kristian Buchna: Liberale Lehren aus der Vergangenheit im Widerstreit. Carl Wirths und Friedrich Middelhaube im Gründungsprozess der nordrhein-westfälischen FDP. In: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 103 (2012), S. 143–170.

57 Vgl. LA NRW, Abt. R, RWV 49/770, Bl. 151; RW 60/57, Bl. 145.

58 Vgl. Volker Stalman (Bearb.): Linkliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DSfP 1919–1932. 2 Bde Düsseldorf 2009, Bd. 1, S. CXV.

59 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses des Landesverbandes Nordrhein am 28.4.1947. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 29, S. 163.

60 Ebd., S. 165.

Funktionärsapparat, er beobachtete eine Entwicklung hin zu einer „Führerpartei“, die „nicht mehr auf dem liberalen Gedankengut aufbaue“, und er kritisierte den ehrabschneidenden Umgang mit liberalen Parteifreunden sowie eine einseitige Personalpolitik, von der fast ausschließlich ehemalige Nationalsozialisten profitieren würden. „Er wolle zwar nicht sagen, daß in Nordrhein-Westfalen eine nazistische Partei aufgezo-gen worden sei, aber“ – so Wirths im Januar 1952 im FDP-Landesausschuss – „in der jetzigen Konstellation liege zweifellos etwas, das zum Vergleich mit der NSDAP führe.“⁶¹

Wie zur Bestätigung der Vorwürfe wurden die Kritiker der Nationalen Sammlung in den Parteiversammlungen unterbrochen, übertönt, als „Lumpen“⁶² bezeichnet und mit Zwischenrufen wie „Rausschmeißen!“⁶³ eingeschüchtert. Im Januar 1953 wurde gegen Carl Wirths und einen weiteren Wuppertaler Parteifreund ein Ehrengerichtsverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens eingeleitet.

Zu jenem Zeitpunkt war Middelhaue bereits zum stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden aufgestiegen. Seine im November 1952 erfolgte Wahl auf dem Bad Emser Bundesparteitag basierte zum einen auf fingierten Mitgliederzahlen der NRW-FDP und manipulativen Eingriffen in die Auswahl der nordrhein-westfälischen Delegierten. Zum anderen konnte sich Middelhaue der Unterstützung der gleichfalls betont national ausgerichteten Landesverbände von Niedersachsen und Hessen sicher sein.

Doch nicht nur innerhalb der eigenen Partei suchte der FDP-Landesvorsitzende nach Mitstreitern. Die FDP als solche interessierte Middelhaue nicht; sie war für ihn „nicht Selbstzweck, sondern ausschließlich Mittel zum Zweck“⁶⁴ der Etablierung einer Nationalen Sammlung zur Herbeiführung einer neuen Staatsordnung. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu folgerichtig, dass der Führungszirkel der NRW-Liberalen um Friedrich Middelhaue und Wolfgang Döring im Jahr 1952 ohne Kenntnis der Bundespartei intensive Sondierungsgespräche mit rechtskonservativen bis offen rechtsextremen Parteien und Vereinigungen führte, um deren Bereitschaft zur Mitwirkung innerhalb der Nationalen Sammlung auszuloten. Verhandelt wurde mit Vertretern der Deutschen Partei, der Vereinigten Rechten und der Wiking-Jugend, mit Ehemaligen-Verbänden von Wehrmacht und Waffen-SS bis hin zu Exponenten des österreichischen Verbandes der Unabhängigen

61 Protokoll der Landesausschusssitzung vom 30.1.1952. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesausschuss, 26898.

62 Aus den Notizen zur Rede Middelhaues auf der Landesausschusssitzung am 6.1.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/572, Bl. 6.

63 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses am 6.1.1953. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesausschuss, 26899.

64 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses am 30.1.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/223, S. 13.

(VdU),⁶⁵ mit denen man die „Möglichkeiten einer engen politischen Schicksals- und Kampfgemeinschaft“⁶⁶ auslotete.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 9. November 1952 konnte Middelhaue durchaus als Bestätigung für seinen politischen Kurs deuten: Mit den Slogans „Das deutsche Programm ruft alle zur nationalen Sammlung!“ oder „FDP ruft zur nationalen Sammlung!“ konnten die Liberalen an Rhein und Ruhr mit 12,6 Prozent der Stimmen bei den Wahlen in den Kreisen und kreisfreien Städten ihr bis dahin (und bis heute) bestes Ergebnis erzielen. In der CDU löste dieser Wahlerfolg Verunsicherung aus. Die Christdemokraten sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, „zu untersuchen, auf welche Weise sie an den großen Block der politisch heimatlos Gewordenen herankommt, ohne, wie die FDP in Nordrhein-Westfalen, ihr Gesicht zu verlieren“.⁶⁷

Friedrich Middelhaue war auf dem besten Wege, mit seiner Nationalen Sammlung das parteipolitische Gefüge der Bundesrepublik nachhaltig aufzuwirbeln, wie auch das einhellige Medienecho auf den Bad Emser Bundesparteitag belegt.⁶⁸ Doch just zu Beginn des Bundestagswahljahres 1953 durchkreuzte die sogenannte „Naumann-Affäre“ seinen Plan.⁶⁹ In der Nacht vom 14. auf den 15. Januar 1953 verhaftete die britische Besatzungsmacht in einer aufsehenerregenden Nacht- und Nebel-Aktion den ehemaligen Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann sowie sechs weitere ehemals ranghohe Nationalsozialisten. Da jener „Naumann-Kreis“ Kontakte zu Angehörigen der NRW-FDP sowie zum Umfeld Middelhaues unterhielt, richteten sich fortan nicht nur die Augen einer interessierten Öffentlichkeit auf die Verhältnisse an Rhein und Ruhr. Auch parteiintern sahen die Kritiker des Middelhaue-Kurses die unverhoffte Gelegenheit zu einer politischen Säuberung. Insbesondere jene Landesverbände, die aufgrund ihres Selbstverständnisses als „liberale Milieupartei“ eine polternd-nationale Sammlungspolitik rund-

65 Vgl. Margit Reiter: „National“ versus „liberal“? Politische Konfliktlinien und Deutungskämpfe im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ. In: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2017, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2017_reiter.

66 Friedrich Middelhaue an Hans Freyborn (Salzburg), 20.8.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/592, Bl. 178.

67 Zitat des NRW-Innenministers Franz Meyers. In: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986, Nr. 18, 26.1.1953, S. 336.

68 „FDP rückt nach rechts“ (Die Welt, 24.11.1952), „Die Liberalen haben eine Schlacht verloren“ (Süddeutsche Zeitung, 24.11.1952), „Rechtsabmarsch“ (Hamburger Echo, 24.11.1952), „Rechter FDP-Flügel siegte“ (Frankfurter Rundschau, 25.11.1952), „Bad Ems: Rechts schwenkt, Marsch!“ (Stuttgarter Nachrichten, 25.11.1952), „Abmarsch nach rechts“ (Westfälische Rundschau, 25.11.1952), „Rechtsgalopp der FDP“ (Lübecker Nachrichten, 25.11.1952), „Wettlauf um die Schaffung einer rechtsradikalen Massenpartei“ (Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 28.11.1952).

69 Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 2003.

heraus ablehnten, fanden dank der Naumann-Affäre den Weg aus der innerparteilichen Defensiv-Haltung heraus.

Eine eigens eingesetzte, parteiinterne Untersuchungskommission, der u. a. der damalige Bundesjustizminister Thomas Dehler angehörte, kam zu dem verheerenden Befund, dass „alle Schlüsselpositionen nicht politisch erprobten Persönlichkeiten, sondern früheren prominenten Nationalsozialisten anvertraut worden sind.“⁷⁰ Eine besonders unrühmliche Rolle bei diesem systematischen Aushöhlungsversuch spielte Ernst Achenbach, der sogar die Chuzpe besaß, die Verteidigung Werner Naumanns übernehmen zu wollen. Im parteiinternen Untersuchungsbericht heißt es folgerichtig: „Herr Dr. Achenbach hat der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet. Er hat nach seiner Grundhaltung niemals zu uns gehört. Sein Ausscheiden aus der FDP ist unabweislich.“

Trotz einer ebenso umfassenden wie schwerwiegenden Beweislast gegen Achenbach war sein Ausscheiden aus der FDP keineswegs „unabweislich“. Die drei Hauptursachen für Achenbachs Verbleib innerhalb der Partei lassen sich klar benennen: Erstens war Ernst Achenbach der wichtigste Mittelsmann der FDP zu Vertretern der Ruhrindustrie, die vielfach zu seinen Klienten gehörten und die FDP mit großzügigen Spenden bedachten. Im Rechnungsjahr 1951/52 stammten 73,2 Prozent der Parteigelder der FDP aus Nordrhein-Westfalen; es folgte Baden-Württemberg mit sieben Prozent.⁷¹ Ein brüskierender Schlag gegen die westdeutschen Liberalen im Allgemeinen sowie Ernst Achenbach im Speziellen hätte die FDP ihrer finanziellen Grundlage beraubt. Zweitens sah man im Landesverband keinerlei Veranlassung, sich symbolisch oder gar in Form eines Parteiausschlusses von Achenbach zu distanzieren. Ganz im Gegenteil wurde der bundespolitisch völlig im Abseits stehende Achenbach Anfang März 1953 vom nordrhein-westfälischen Landesparteitag demonstrativ und mit großer Mehrheit in den geschäftsführenden FDP-Landesvorstand gewählt. Ernüchtert hielt Wolfgang Schollwer in seinem Tagebuch fest, dass sich die zuvor gehegte „Hoffnung auf eine Abrechnung mit den Nazis [...] leider nicht erfüllt“ habe. „Man muss sich allmählich schämen, Mitglied dieser Partei zu sein, zumindest aber dieses Landesverbandes...“⁷²

70 Hier und nachfolgend zitiert nach: Abschlussbericht des parteiinternen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Verhältnisse im nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP infolge der Naumann-Affäre, 5.6.1953. LA NRW R, RWN 172/2, Bl. 16.

71 Vgl. Kassenbericht vom 20.11.1952. ADL, Bestand Bundesparteitag, A1-32.

72 Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957. Hrsg. von Jürgen Frölich. Bremen 2004, Eintrag vom 8.3.1953, S. 76.

Im FDP-Bundesvorstand empfand man das Signal des Landesparteitags als einen „Schlag ins Gesicht“,⁷³ der die angestrebte Parteilinie einer Distanzierung zu Achenbach unverhohlen konterkarierte. Doch die Bundespartei hatte – drittens – keinerlei satzungsmäßige Handhabe zur Intervention innerhalb der damals ebenso selbstbewussten wie unabhängigen Landesverbände. So blieben die personellen Konsequenzen überschaubar. Der Landesverband trennte sich lediglich von zwei Mitarbeitern, zwei weitere, darunter Wolfgang Diewerge, verließen den Landesverband aus eigenem Antrieb. Die Quittung für die monatelange Selbstbeschäftigung erhielt die FDP bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953: Enttäuschende 9,5 Prozent der Stimmen auf Bundesebene bedeuteten einen Verlust von 2,4 Prozent. Wenngleich sich das nordrhein-westfälische Wahlergebnis nur marginal von 8,4 auf 8,3 Prozent verschlechterte, war das politische Experiment einer „Nationalen Sammlung“ gescheitert – unabhängig von der Uneinsichtigkeit seiner Protagonisten.

III.

Friedrich Middelhauve war und blieb von der Richtigkeit seines Kurses überzeugt, bekannte sich noch nach Festnahme des Naumann-Kreises zur Maxime einer „Pflicht nach rechts“⁷⁴ und warb bei den Bundestagswahlen 1953 mit dem unzweideutigen Slogan „Rechts ran!“⁷⁵

Es kamen sogar Plakate zum Einsatz, die aus der Naumann-Affäre noch Profit schlagen wollten, indem die dort platzierte Kritik an der britischen Intervention nationale Ressentiments zu schüren versuchte.⁷⁶ In Verbindung mit weiteren Werbemitteln, die bewusst in der Farbkombination schwarz-weiß-rot gehalten waren, erwies sich das gesamte von der Düsseldorfer Geschäftsstelle zur Verfügung gestellte Material für die Wuppertaler Freien Demokraten als „unverwendbar“.⁷⁷

Im Hinblick auf die innerparteilichen Konflikte und das Ehrengerichtsverfahren gegen Carl Wirths ist bemerkenswert, dass Middelhauve die von ihm

73 Schwennicke. In: FDP-Bundesvorstand (wie Anm. 16), 2. Halbband 1953/54, Nr. 30, 26.4.1953, S. 944.

74 Zitat aus einer Rede Middelhauves vom 14.3.1953 auf dem Bezirksparteitag in Aachen. LA NRW, Abt. R, RWN 172/568, Bl. 18.

75 Auf seinem Wahlplakat zu den Bundestagswahlen am 6. September 1953 prangte der Slogan: „Rechts ran! Wählt Middelhauve“. ADL, Plakatsammlung, P3-115.

76 Vgl. Plakat „Den Kläffern die Antwort. Wählt FDP“. In: Hans Bohrmann (Hrsg.): Politische Plakate. Mit Beiträgen von Ruth Malhotra u. Manfred Hagen. Dortmund ²1984, S. 467.

77 Brief aus dem Kreisverband Wuppertal an die Landesgeschäftsstelle vom 19.10.1953. LA NRW, Abt. R, RW 60/57, Bl. 59.

seit Jahren nachhaltig mitgeprägte Schlusstrich-Mentalität im Umgang mit der NS-Vergangenheit nunmehr zu seinen eigenen Gunsten zu instrumentalisieren versuchte. Dem Landesparteitag schlug er vor, „einen echten Schlußstrich zu ziehen“ unter die innerparteilichen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate. Ohne jemals selbst an einer Aufarbeitung der kaum mehr demokratisch zu nennenden Verhältnisse innerhalb des Landesverbandes mitgewirkt zu haben, wandte er sich gegen jegliche Versuche, „heute noch in den Einzelheiten der Vergangenheit danach zu suchen, wer Recht und wer Unrecht hatte, wo Recht oder Unrecht dem einen oder anderen geschehen ist.“⁷⁸ Ein solches Unrecht wäre ohne Zweifel ein Parteausschluss von Carl Wirths gewesen, der allerdings durch ein entlastendes Urteil des Landesehrenrates der FDP abgewendet wurde.⁷⁹ Trotz mancher punktueller Zugeständnisse sollten sich die in den Jahren der Nationalen Sammlung geschaffenen Strukturen und personellen Konstellationen als sehr zählebig erweisen. Wiederholt fühlten sich die einstmaligen Kritiker bei anstehenden Wahlen durch schlechte Listenplatzierungen provoziert, die sie als Versuche zur „Ausschaltung der Opposition“⁸⁰ deuteten.

Diese Erfahrung machte in den 1950er und 60er Jahren auch Gerhart Baum im Kölner Kreisverband der FDP, den er in der Rückschau als „Insel der Reformliberalität in einem uns gegenüber feindselig gestimmten Landesverband“⁸¹ bezeichnete. Tatsächlich musste Baum in jener Zeit ein Parteausschlussverfahren, eine manipulierte Abwahl als Kreisvorsitzender (1970) sowie die systematische Fernhaltung von sicheren Listenplätzen aushalten.⁸² Ein zentrales Motiv für seine Außenseiterstellung innerhalb der NRW-FDP war sein nachdrückliches Eintreten gegen jene „gefährlichen Strömungen“

78 Stenographische Niederschrift über den Landesparteitag am 21.6.1953. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesparteitag, 26716/1.

79 Thomas Dehler hatte sich als Vorsitzender der parteiinternen Untersuchungskommission persönlich an den Vorsitzenden des Landesehrenrates gewandt, um diesem seine Lagebeurteilung und Erwartungshaltung im Hinblick auf das Ehrengerichtsverfahren mitzuteilen: „Es steht nach meiner Überzeugung fest, dass eine Gruppe von Nationalsozialisten versucht hat, den Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP zu unterwandern. Ich halte es für erwiesen, dass auf jeden Fall der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen seiner Aufsichtspflicht nicht genügt, im Gegenteil durch seine Personalpolitik objektiv die Unterwanderungstendenz gefördert hat. Es will mir als eine Umkehrung der Dinge erscheinen, die aus ehrlicher Sorge um den Bestand unserer Partei von den Herren Wirths und Schneider unternommenen Schritte als Schädigung der Partei qualifizieren zu wollen.“ Dehler an Richard Senger, 29.4.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/3, Bl. 27.

80 Carl Wirths, zit. n. Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992, S. 106.

81 Gerhart Baum, Burkhard Hirsch: Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite. Berlin 2016, S. 75.

82 Ebd., S. 8f. u. 56.

innerhalb der FDP, „die mit dem braunen Ungeist sympathisierten.“⁸³ So organisierte etwa der Jungdemokrat Baum Mitte der 1950er Jahre zum Missfallen der Landespartei die Vorführung von Alain Resnais Film „Nacht und Nebel“, in dem erstmals das Geschehen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern dokumentiert wurde; außerdem verschickte er zu Beginn der 1960er Jahre zusammen mit drei Parteifreunden sogenannte „parteiinterne Rundbriefe“, in denen vor allem nationalsozialistische, antisemitische und rassistische Umtriebe oder Ausfälle innerhalb der FDP angeprangert wurden.⁸⁴ Während der federführende Autor der Rundbriefe, Ulrich Keitel, vom hessischen Landesverband mit einem Parteiausschlussverfahren belegt wurde, erhielt er von linksliberalen Parteimitgliedern dankbare Zustimmung, von Theodor Heuss sogar eine finanzielle Spende zur Unterstützung der Rundbrief-Aktion.⁸⁵

Die Reaktion eines Kölner FDP-Mitglieds auf einen jener Rundbriefe zeigt, wie dramatisch die Situation der nordrhein-westfälischen FDP um 1960 von einem Vertreter der liberalen Opposition wahrgenommen wurde:

„Die leitenden Persönlichkeiten des Landesverbandes sind farblose, wohl aber polternd scharfmacherische Elemente ohne jedes persönliche Format und mit ebenso wenig politischer Substanz, Nationalisten in ihrem Wollen, reaktionär in ihren Vorstellungen, Liberale zu keiner Zeit, die Geschäftsführer von der Landesgeschäftsstelle bis hinab in die Kreisverbände überwiegend ehemalige Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Blutordensträger. [...]

Die Liberalen haben längst resigniert, haben sich aus dem aktiven Parteileben zurückgezogen oder sind ausgetreten, die noch verbliebenen werden als akademische Schwarmgeister abgewertet, sind unbrauchbar, werden beschimpft (Arnold Becher: ‚Bei uns im Oberbergischen gebrauchen wir das Wort liberal als Schimpfwort.‘) und werden diffamiert (Landwirtschaftsminister Dr. Josef Effertz, Mitglied des Landesvorstands: ‚Gebrauchen Sie bitte mir gegenüber nie mehr das Wort liberal, andernfalls werden Sie sehen, dass ich kotze.‘) Maßgebliche Vertreter der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf bekennen sich offen zum Nationalsozialismus (Pressereferent Rudolf Stolle: ‚Ich bin Nationalsozialist gewesen und bin es heute noch.‘).

Die Vergangenheit will man bewältigen, indem man sie ignoriert [...]. Der Antisemitismus ist offen und latent vorhanden [...]. Das Grundgesetz wird verhöhnt. [...] [W]ir haben hier von Köln aus versucht, uns gegen die immer stärker werdenden Tendenzen einer generellen Orientierung der Partei zur extremen Rechten hin zur Wehr zu setzen. Die Entwicklung ist jedoch über uns hinweggegangen.“⁸⁶

83 Vorwort von Gerhart Baum. In: Ulrich Keitel: „Sehr geehrter Parteifreund...“. Parteiinterne Rundbriefe gegen alte Nazis. Frankfurt am Main 2001, S. 8.

84 Vgl. Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83).

85 Vgl. ebd., S. 211 f.

86 Zuschrift Robert Kochs vom 13.7.1960. Abgedruckt in: ebd., S. 56 ff.

Die ungeklärt gebliebene Haltung der FDP zur Mitarbeit ehemaliger Nationalsozialisten in ihren eigenen Reihen löste mit der im Januar 1960 erfolgten Wahl Heinrich Schneiders zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden neuerlich innerparteiliche Kontroversen aus. Schneider, 1907 in Saarbrücken geboren, trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und der anschließenden Promotion bereits 1931 der NSDAP bei, der er sich nach eigenem Bekunden „mit meinem ganzen Wesen und meiner ganzen Kraft“⁸⁷ verschrieben hatte. Davon zeugen seine ausgeübten Tätigkeiten als Leiter der Gaupressestelle, als Herausgeber des NSDAP-Wochenblatts „Saardeutsche Volksstimme“, als Gauredner sowie als Leiter der Saarabteilung bei der „Obersten Leitung der Parteiorganisation der Reichsleitung der NSDAP“. Im Oktober 1934 ließ sich Schneider schließlich als Rechtsanwalt in Saarbrücken nieder.

Der im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestufte Schneider wurde 1950 in den Vorstand der Demokratischen Partei Saar (DPS) gewählt, die von einem betont nationalen Standpunkt für den Beitritt der Saar zur Bundesrepublik warb. Mit Nachdruck lehnte die DPS daher das von Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mendès France 1954 ausgehandelte Saar-Statut ab, das letztlich eine Europäisierung des Saarlandes vorsah. In ihrem Kampf gegen eine solch „europäische“ Lösung der Saar-Frage wusste sich die DPS mit der FDP einig, die sich – in Abgrenzung zur Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers – mit der außenpolitischen Maxime „Erst Deutschland – dann Europa“⁸⁸ zu profilieren versuchte. Nachdem das Saar-Statut in einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 abgelehnt worden war und der Beitritt der Saar zur Bundesrepublik gemäß den Bestimmungen des Saarvertrages zum 1. Januar 1957 erfolgte, wurde die DPS im August 1957 als kooperatives Mitglied in die Bundespartei der FDP aufgenommen. Dass sich die DPS selbst weder als liberal verstand noch so verstanden werden wollte,⁸⁹ stand diesem Schritt nicht im Wege. Insbesondere das DPS-Organ „Deutsche Saar“ ließ Zweifel an einer liberalen Geisteshaltung aufkommen; wiederholt bot es nationalistischen, revisionistischen und auch rassistischen Positionen ein Forum. So wurde dort über das Entstehen eines neuen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 schwärmert, das Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes gefordert,

87 Zit. n. Rainer Möhler: Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider: Trommler oder Mitläufer? In: Peter Wettmann-Jungblut (Hrsg.): Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes. Blieskastel 2004, S. 301–324, hier S. 304.

88 Aktionsprogramm der FDP, verkündet auf dem Wahlkongress am 5. Juni 1957 in Hamburg. In: Juling: Entwicklung (wie Anm. 42), S. 155; vgl. Erich Mende: Die neue Freiheit. 1945–1961. München 1984, S. 244.

89 So war am 15. Februar 1957 im DPS-Organ „Deutsche Saar“ zu lesen: „[J]eder Versuch unserer politischen Gegner, die DPS und die ihr nahestehenden Organisationen als ‚liberal‘ zu kennzeichnen, [muss] scheitern.“

der Niedergang der „weißen Völker“ als Schreckensbild beschworen, oder es wurde gegen „Machtzirkel“ gehetzt, die vermeintlich hinter den Alliierten beider Weltkriege stehen und seit Jahrzehnten „Lügengift“ gegen Deutschland schleudern würden, „um ihre Weltschuld zu tarnen und eine faire geschichtliche Gegenrechnung zu verhindern.“⁹⁰

Heinrich Schneider sah als DPS-Vorsitzender keinen Anlass zur Intervention,⁹¹ zumal er Kritik an der hohen Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten in den eigenen Reihen keineswegs als nachteilig empfand. Bei einer Versammlung in Düsseldorf im Juni 1956 ermunterte er die anwesenden Journalisten: „Schreiben Sie ruhig, wir seien alte Nazis – bei deutsch denkenden Menschen ist das die beste Propaganda.“⁹²

In der FDP galt es als offenes Geheimnis, dass Schneiders Wahl in den Bundesvorstand von Nordrhein-Westfalen aus betrieben worden war. Aus Baden-Württemberg jedenfalls hatte der umstrittene Saarländer keine Stimme erhalten. Walter Nischwitz, der Vorsitzende der dortigen FDP-Landtagsfraktion, begründete die geschlossene Ablehnung seines Landesverbandes damit, dass Schneiders Ansichten, „ganz abgesehen von der Vergangenheit, zu sehr abweichend von dem [sind], was wir unter Liberalismus und Demokratie verstehen.“⁹³

IV.

Der hier nur schlaglichtartig unternommene Ausblick offenbart dreierlei: Erstens markierte die Naumann-Affäre von 1953 zwar das Ende der Nationalen Sammlung, mitnichten aber war damit der Umgang der FDP mit ehemaligen Nationalsozialisten und illiberalen Strömungen in den eigenen Reihen geklärt. Vielmehr konnten sich die Vertreter einer gezielt mit politischen Tabus spielenden Politik auch auf Meinungsumfragen berufen, die bei FDP-Wählern das größte „Potential“ eines solchen Rechtskurses sahen. So waren 1956 noch 56 Prozent der FDP-Wähler der Meinung, Hitler wäre ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen; hier wie auch bei

90 Deutsche Saar-Artikel „Überbelichtet und unterentwickelt“ vom 2.12.1960 sowie „Unterwanderung der deutschen Seele“ vom 26.8.1960.

91 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearbeitet von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993; vgl. darin: Einleitung, S. XXXVI, sowie Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 21.1.1961, Nr. 10, S. 60f.

92 Zit. n. Jean-Paul Cahn: Von der sozialistischen Einheit zum Bruch der Heimatbundregierung. Sozialdemokratie an der Saar und ihr Verhältnis zum Parteivorstand der SPD von der Volksabstimmung bis zum Ende der Heimatbundregierung (1955–1957). In: Jahrbuch für westdeutsche Geschichte 25 (1999), S. 603–624, hier S. 621.

93 Walter Nischwitz an Ulrich Keitel, 7.3.1960. In: Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83), S. 25.

Fragen zur Ermittlung des Anteils antisemitischer Positionen innerhalb der Bevölkerung stellten die Wähler der FDP in den 1950er Jahren stets den Höchstwert innerhalb des Parteienspektrums.⁹⁴

Zweitens zeigt sich, wie groß noch um 1960 die politischen Differenzen zwischen den einzelnen Landesverbänden der FDP waren. Der von den Düsseldorfern „Jungtürken“ um Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer betriebene Sturz der nordrhein-westfälischen Regierung Arnold-Middelhaue im Februar 1956 zugunsten einer Koalition aus SPD, FDP und Zentrum sollte daher nicht allzu teleologisch als eine Weichenstellung hin zu einer Sozialliberalisierung der FDP – schon gar nicht der NRW-FDP – verstanden werden. Vielmehr lässt sich dieses politische Husarenstück als ein taktisch kluges Manöver machtbewusster Jungpolitiker deuten, die allesamt am Zweiten Weltkrieg teilgenommen und sich ursprünglich von Friedrich Middelhaues nationaler Sammlungspolitik angezogen gefühlt hatten, inzwischen jedoch die Zukunft der FDP durch eine allzu einseitige Bindung an die CDU bedroht sahen. Ihr Ziel war „die unabhängige FDP“.⁹⁵ Da die „Jungtürken“ zudem – anders als der in antisozialistischem Lagerdenken verharrende Middelhaue – durchaus programmatische Schnittmengen mit der SPD sahen, setzten sie mit dem Düsseldorfer Koalitionsbruch ein vielbeachtetes politisches Signal.

Der württembergische Liberale Theodor Heuss, der zeitlebens ein unverkrampftes Verhältnis zur Sozialdemokratie pflegte, hegte bezeichnenderweise für das Manöver an Rhein und Ruhr keinerlei Sympathien. Für ihn handelte es sich bei der Gruppe um Döring, Weyer und Scheel um „Personalehrgeizlinge“ an der Spitze einer Düsseldorfer „Nazi-FDP“.⁹⁶ Unabhängig von der polemischen Zuspitzung solcher Etikettierungen ist festzuhalten: Zwischen baden-württembergischen Traditionsliberalen und westdeutschen Freien Demokraten ohne eine vergleichbar liberale Verwurzelung war keine Verständigung darüber möglich, wofür der Liberalismus politisch stand – und wovon er sich abzugrenzen habe.

Drittens ließen es die innerparteilichen Kräfteverhältnisse bis hinein in die 1960er Jahre kaum zu, einen klaren Schnitt gegenüber solchen Personen oder politischen Forderungen zu ziehen, deren Verortung im liberalen Spektrum mit Recht angezweifelt wurde. Der Berliner FDP-Politiker Hans Reif

94 Vgl. Institut für Demoskopie (Hrsg.): Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik. Allensbach 1949; Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989. Opladen 1991, S. 94 f.

95 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954–1960, bearb. v. Udo Wengst. Düsseldorf 1991, Nr. 18, 3.2.1956, S. 139.

96 Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart. Stuttgart 1970, S. 143.

nahm im Frühjahr 1960 eine „müde Resignation“ der Parteispitze in ihrem Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten wahr. Man lehne zwar mehrheitlich deren Umtriebe innerhalb der FDP ab. „Aber niemand tut etwas.“⁹⁷

Erst die sozialliberale Koalition von 1969 sollte sich als eine Art liberaler Filter erweisen: Abgestoßen von der sozialliberalen Wirtschafts-, Gesellschafts- und vor allem Außenpolitik der Regierung Brandt-Scheel zog eine ganze Reihe von Vertretern der Parteirechten ihre Konsequenzen aus dieser Neupositionierung des bundesdeutschen Parteiliberalismus und trat aus der FDP aus. Vor dem Hintergrund der personellen und politischen Prägung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes kann es kaum verwundern, dass dort besonders viele Abtrünnige zu verzeichnen waren: der einstige Parteivorsitzende Erich Mende, der langjährige Bundestagsabgeordnete und stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Siegfried Zoglmann sowie Heinz Lange, Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, sind nur die prominentesten Namen; auch Heinrich Schneider kehrte der FDP nach ihrer sozialliberalen Wende den Rücken.

Als politischer Verlust ist dieser Aderlass des rechten Parteiflügels von den meisten Parteimitgliedern nicht empfunden worden, vielmehr dominierte insbesondere bei den Vertretern jüngerer Generationen ein Gefühl der Erleichterung, den „Muff der Mende-FDP“⁹⁸ endlich überwunden zu haben. Dass sich nunmehr auch in Nordrhein-Westfalen ein Wandel abzeichnete, zeigt zum einen das Beispiel der Jungdemokraten. Bildeten sie einst die Speerspitze der nationalen Sammlungspolitik, so war nun von ihrer Führung zu vernehmen, eine „parteiinterne Bereinigung sei überfällig, damit der permanente Mißbrauch der FDP durch die Nationalliberalen ein Ende finde“.⁹⁹ Zum anderen war es ausgerechnet der nordrhein-westfälische Landesverband, der 1972 mit Gerhart Baum, Burkhard Hirsch und Werner Maihofer drei Abgeordnete in den Bundestag entsandte, die als Protagonisten einer linksliberalen Profilschärfung der „F.D.P.“ hervortraten. Berücksichtigt man ferner, dass an Rhein und Ruhr von Dezember 1966 bis Juni 1980 eine sozialliberale Landesregierung unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn bzw. Johannes Rau amtierte, so lässt sich eine programmatische wie personelle Gewichtsverlagerung vom rechten auf den linken Parteiflügel beobachten, die Mitte der 1960er Jahre einsetzte und zu Beginn der 1970er Jahre ihren Höhepunkt erreichte.

Es würde vor diesem Hintergrund zu weit führen, für den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP eine allzu bruchlose Linearität von der Nationalen Sammlung Friedrich Middelhaus hin zur Möllemann-Affäre zu

97 Hans Reif an Ulrich Keitel, 3.3.1960. In: Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83), S. 23.

98 Zitat Gerhart Baum. In: Baum/Hirsch: Baum (wie Anm. 81), S. 50.

99 Manfred Spital, stellvertretender Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten. Zit. n. „Kluft in der FDP kaum noch zu überbrücken“, Stuttgarter Zeitung, 10.9.1970.

Beginn des 21. Jahrhunderts zu konstruieren.¹⁰⁰ Gleichwohl kann die Geschichte der frühen rheinischen bzw. nordrhein-westfälischen FDP als eine Art politisches Lehrstück darüber gelten, welche Gefahren einer Politik innewohnen, die in der Hoffnung auf Stimmenzuwächse am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums personalpolitische wie programmatische Tabus überschreitet und sich dabei von liberalen Grundsätzen verabschiedet.

100 Vgl. Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 34: „In Nordrhein-Westfalen wurde die FDP in den fünfziger Jahren zum Sammelbecken politischer Kräfte rechts von der CDU und zum Aktionsfeld ehemaliger Nationalsozialisten. Und Anfang des neuen Jahrhunderts betrieb der NRW-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann einen rechtspopulistischen Kurs für die gesamte Bundespartei.“